

Geldwäscherei auf dem Finanzplatz Lettland

Eine Drehscheibe zweifelhaften Rufs

Lettland muss der Geldwäscherei den Hahn abdrehen, wenn es in die OECD aufgenommen werden will. Nach Jahren der Passivität scheint sich die Politik nun endlich ans Werk zu machen.

von Rudolf Hermann, Stockholm
24.2.2016



Riga wird Licht bringen müssen in das lukrative, doch intransparente Geschäftsgebaren der lettischen Banken. (Bild: J. Alden / Bloomberg)

Es sind bedenkenswerte Zahlen, die das Netzwerk investigativer Journalisten «Re:Baltica» unlängst auf den Tisch gelegt hat. Zwei Drittel der in Lettland registrierten Banken widmen sich laut dieser Agentur vornehmlich dem Geschäft mit «Non-Residents», also Personen mit Wohnsitz im Ausland. Die zuhanden von Ausländern verwalteten Einlagen machen demnach 52% der Gesamteinlagen aus (siehe Grafik) und entsprechen etwa 40% des lettischen Bruttoinlandsprodukts. Rund 80% der an solchen Konten wirtschaftlich Berechtigten sollen in Staaten der ehemaligen Sowjetunion leben, vor allem in Russland und der Ukraine, und sie könnten ihre Mittel bei Bedarf praktisch über Nacht abziehen. Für die Banken sind laut «Re:Baltica» die Beziehungen zu Ausländern einträglich; das Auslandsgeschäft werfe pro investierten Euro 19 Cents ab, das Inlandsgeschäft bloss 9.

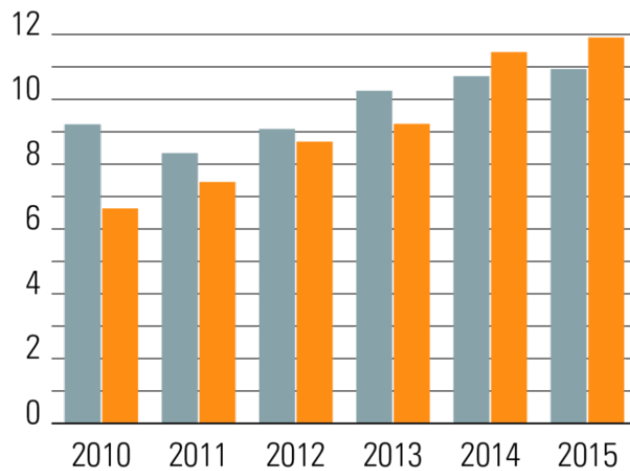
Jahrelanges Laissez-faire

Das Geschäft mit den Ausländerkonten trug dem lettischen Finanzplatz den wenig schmeichelhaften Übernamen einer «finanziellen Waschküche» ein. Dass es sich gerade hier etablierte, hat seine Logik: Durch die Vergangenheit als Sowjetrepublik und über die substanzielle russischsprachige Minderheit in Lettland bestehen extensive Verbindungen zum exsowjetischen Raum. Riga ist eine praktisch zweisprachige Stadt, in der Russisch ebenso oft wie Lettisch zu hören ist, was für Bankgeschäfts-Interessenten aus dem russischsprachigen Raum die Kommunikation wesentlich erleichtert.

Ausländer willkommen

Entwicklung der Einlagen in lettischen Banken

2010–15, in Mrd. € ■ Einheimische ■ Ausländer



QUELLE: RE:BALTICA

NZZ-Infografik/cke.

Gleichzeitig ist Lettland aber schon seit 2004 Mitglied der EU und damit ein idealer Brückenstaat zwischen Ost und West. Obwohl wirtschaftlich und bevölkerungsmässig winzig im Weltmassstab mit Anteilen von knapp 4% an der globalen Wirtschaftsleistung und 0,3% an der Weltbevölkerung, wird nach US-Angaben 1% aller weltweit getätigten Dollartransaktionen über Lettland abgewickelt. Dabei gilt es erst noch zu berücksichtigen, dass für den lettischen Aussenhandel der Euro die deutlich wichtigere Währung ist als der Dollar.

Es gibt Grund zur Annahme, dass der Staat die Banken lange Zeit gewähren liess, wohl nicht zuletzt deshalb, weil auch für ihn über Steuern etwas abgefallen sein dürfte. Ein Hinweis auf Nachsicht gegenüber Bankpraktiken an oder jenseits der Grenze des Zulässigen kann aus dem Umstand herausgelesen werden, dass die 150-köpfige Finanzaufsichtsbehörde gerade einmal 3 bis 5 Spezialisten für Geldwäscherei beschäftigte und dass die Obergrenze für Bussen, die der Regulator aussprechen konnte, bis im Mai 2014 bei knapp 150 000 € lag – ein lächerlicher Betrag angesichts der potenziellen Gewinne, die unsaubere Geschäfte versprachen. Von 2010 bis 2014 schwankte der Gesamtumfang jährlich ausgesprochener Bussen denn auch bloss zwischen 70 000 € und 350 000 €. Die Namen der betroffenen Banken wurden dabei unter Verschluss gehalten, angeblich um Kunden und Anleger nicht zu verunsichern.

Aufgeschreckte Politik

Inzwischen aber schrillen in Riga die Alarmglocken. Auf dem Spiel steht nämlich mittlerweile nichts Geringeres als die von Lettland angestrebte Aufnahme in die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), den prestigeträchtigen «Klub der Reichen». Ein Report der OECD vom vergangenen Herbst kritisierte laut dem lettischen Rundfunk, dass die Antikorruptionsbehörde und die Finanzaufsicht in Riga zu wenig effizient arbeiteten. Die bestehenden Strukturen hätten – im Gegensatz zu Medien – nicht vermocht, grossangelegte suspekte Finanztransaktionen aufzudecken. Lettlands gegenwärtiges System sei nicht geeignet, Korruption und die mit ihr verbundene Geldwäscherei offenzulegen. Die Zahl der von der Finanzaufsicht an die Antikorruptionsbehörde weitergeleiteten Verdachtsfälle sei klein und entspreche in keiner Weise dem Korruptionsrisiko in Lettland.

Nach ernsthaften Warnungen solcher Art, nicht nur vonseiten der OECD, sondern etwa auch der USA, und mit dem offenbar drohenden Verlust des einzigen noch verbliebenen Dollarkontos des lettischen Finanzsektors bei einer westlichen Korrespondenzbank scheint der Wind in Riga nun zu drehen. Der lettische Ableger der ukrainischen «Privatbank»-Gruppe wurde im Dezember mit einer rekordhohen Busse von 2 Mio. € belegt, wobei die Finanzaufsicht auch den Rücktritt hoher Führungsmitglieder der Bank wegen Verstössen gegen das Bankengesetz verfügte. Die Sanktionen stehen im Zusammenhang mit dem Verdacht auf Involvierung der lettischen «Privatbank» in einen gigantischen Betrugsfall in der Republik Moldau, bei dem 2014 knapp 1 Mrd. \$ veruntreut worden sein soll.

Ein erstes «Opfer»

Der Chef der Finanzaufsicht, Kristaps Zakulis, reichte Ende Januar seinen Rücktritt ein, dem Vernehmen nach um einer Abberufung zuvorzukommen. Es werden ihm substantielle Versäumnisse im Kampf gegen die Geldwäscherei vorgeworfen, auch wenn er selber sagte, immer «hart gearbeitet» zu haben. Seinen Nachfolger Peters Putnins, der seit Ende 2012 stellvertretender Chef der Behörde gewesen war, erwarten keine einfachen Tage. Von der Finanzministerin des erst gerade eingesetzten Kabinetts Kucinskis, Dana Reizniece-Ozola, wurde überdies kritisiert, dass das Parlament mit der Ernennung Putnins' nicht auf die neue Regierung gewartet habe. Der Kampf um mehr Transparenz im lettischen Banksektor scheint noch keineswegs zu Ende gefochten.